

OFFENER BRIEF

An die Bundeskanzlerin der Bundesrepublik Deutschland
Dr. Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin

Frankfurt am Main, 3. November 2015

Wie Europa auch wirtschaftlich aus dem Lot gerät!

Sehr geehrte Frau Dr. Merkel,

„Wir schaffen das!“ – Mit dieser Botschaft haben Sie beeindruckend klargestellt, dass die Bundesrepublik Deutschland die humanitäre Herausforderung annimmt, welche sich unserer Gesellschaft durch die große Zahl von Flüchtlingen insbesondere aus dem Kriegsschauplatz Syrien stellt. Um diese Situation im Sinne Ihres Diktums bewältigen zu können, ist auch die Bauindustrie gefragt. Denn die Schaffung von Wohnraum gehört – gerade jetzt, wo der Winter bevorsteht – zu den wichtigsten Maßnahmen, um das grundgesetzlich garantierte Asylrecht auch menschenwürdig umzusetzen.

Eine der großen europäischen Aufgaben besteht derzeit darin, dem Asylrecht, welches zu den bedeutenden Errungenschaften von Humanität und Demokratie gehört, auch europaweit den notwendigen Stellenwert zu verschaffen. Noch lastet die Bewältigung der Flüchtlingskrise auf wenigen Schultern. Während Deutschland sich vorbildlich bei der Umsetzung des Asylrechts im Rahmen der Flüchtlingspolitik verhält, halten sich eine Reihe von Mitgliedstaaten der EU zurück oder lehnen die Aufnahme von Flüchtlingen gar kategorisch ab. Dieses Verhalten gefährdet ebenso die innere, politische Einheit der Europäischen Union wie es jetzt schon die äußere Einheit im Sinne des Schengen-Abkommens in Frage stellt. Hier steht die Bundesregierung vor der gewaltigen Aufgabe, die noch nicht kooperationsbereiten Mitgliedsstaaten auf ihre Pflicht hinzuweisen, sich an der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik konstruktiv zu beteiligen. Auch dies zu erreichen ist eine Aufgabe, die mit dem „Wir schaffen das!“ verbunden ist.

Neben diesem europapolitischen Ungleichgewicht in der Flüchtlingspolitik steht jetzt auch eine wirtschaftliche Schieflage im Raum, die sich infolge der dargestellten politischen Verweigerung vieler EU-Staaten bei der Bewältigung der Flüchtlingspolitik stellt. Während die Bundesrepublik Deutschland mit großem Engagement die Lasten

der Flüchtlingsströme schultert und jetzt auch im Baubereich aufgerufen ist, schnellstmöglich für Abhilfe zu sorgen, kristallisiert sich ein Szenario heraus, nach dem Europa auch wirtschaftlich droht, aus dem Lot zu geraten.

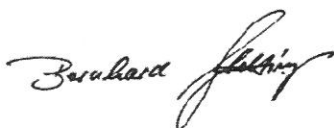
Denn es bahnt sich an, dass im Baubereich Unternehmen der Länder von der Krise profitieren, die sich bei der Krisenbewältigung komplett verweigern. So wird berichtet, dass Generalunternehmer bei der Ausschreibung für dringend benötigten Flüchtlingswohnraum Ansprüche an Fenster- und Haustüren stellen, die von osteuropäischen Fensterbauern zu Preisen erfüllt werden können, die mehr als 30 Prozent unter dem deutschen Herstellerniveau liegen. Nachdem die EU mit einer Menge Fördergelder, die zu einem großen Teil von Deutschland bezahlt wurden, diese Unternehmen in Osteuropa mit hohen (oft zu 75 Prozent „verlorenen“) Investitionszuschüssen beim Aufbau unterstützt hat, nehmen eben diese Unternehmen, deren Länder keine Flüchtlingslasten akzeptieren, deutschen Unternehmen die Chance, die von Ihnen mitgetragene Flüchtlingspolitik praktisch mit umzusetzen und ihre Arbeitsplätze damit zu sichern.

Diese Entwicklung kann weder im Sinne der europäischen Förderpolitik noch im Interesse einer sozialen Marktwirtschaft sein! Sehr geehrte Frau Dr. Merkel, wir bitten Sie nachdrücklich um Ihren Einsatz, diese Schiefelage zu mildern, oder besser, ganz zu vermeiden. Europa kann politisch und wirtschaftlich nur funktionieren, wenn Lasten und Nutzen gleichmäßig und fair verteilt werden. Solidarität ist keine Einbahnstraße!

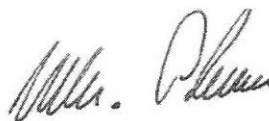
Das bei Bauausschreibungen geltende Prinzip, den billigsten Anbieter zu bevorzugen, setzt voraus, dass nicht nur die Marktregeln in Europa, sondern auch die Lasten für Unternehmen in Europa harmonisiert werden. Solange europäische Fördergelder zusammen mit niedrigeren Energiepreisen, geringeren Steuern und Sozialausgaben solche „marktfremden“ Wettbewerbsvorteile ermöglichen – bei gleichzeitiger Blockade der Übernahme europäischer Pflichten –, ist das europäische Projekt nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich gefährdet.

Helfen Sie, diese Entwicklungen zu stoppen, damit Ihr Diktum „wir schaffen das!“ auch europäische Wirklichkeit werden kann!

Mit freundlichen Grüßen



Bernhard Helbing
Präsident Verband Fenster + Fassade
(VFF)



Ulrich Tschorn
Geschäftsführer Verband Fenster + Fassade
(VFF)

Der Verband Fenster + Fassade (VFF) mit Sitz in Frankfurt am Main vertritt rund 400 Mitgliedsbetriebe, die knapp zwei Drittel der Branche repräsentieren. Nach der letzten Strukturanalyse des VFF aus dem Jahr 2012 umfasst die gesamte Branche rund 100.000 Beschäftigte, davon 72.000 gewerbliche Mitarbeiter. Der Gesamtumsatz betrug 2011 rund 9,6 Milliarden Euro.